

Jürgen Schwab

Freund- und Feindbestimmung

Vortrag zum Thema: Wer sind unsere möglichen Freunde?

Gehalten am 14. September 2007 vor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der 16. Kärntner Kulturtage des Kulturwerks Österreich.



Von nationalen Rechten wird nun vorgeschlagen, ein alternatives Wirtschaftskonzept an dem des Dritten Reiches anzulehnen. Oder an dem, was man nach dem Krieg als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnete und was damals auch gut funktionierte. Dieses Wirtschaftssystem beruhte auf dem korporativen Gleichgewicht an privatkapitalistischer Wirtschaft, starken Gewerkschaften und Betriebsräten und dem Staat, der noch über einen Kernbestand an öffentlichem Eigentum verfügte und somit in der Lage gewesen war, die Wirtschaft zu steuern. Für Hitler war es noch möglich, die im nationalstaatlichen Rahmen befindliche Privatindustrie auf einen Kompromiß von Gewinnstreben und gemeinschaftlicher Bedarfsdeckung festzulegen. Das war 1933 ff. aber nur möglich, da sich zu dieser Zeit der Kapitalismus noch auf einer tieferen Stufenleiter seiner Entwicklung befunden hatte. Nachdem das große Industriekapital im 19. Jahrhundert – durch Konzentration – die Grenzen der Kleinstaaten überwand, gemeinsam mit der Politik den nationalen Markt schuf, ist insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – durch weitere Kapitalkonzentration – die Entwicklung über den Nationalstaat hinausgegangen, so daß wir heute die Tendenz zu einem transnationalen Weltmarkt – ohne nennenswerte nationalstaatliche Regulierung – vorfinden; statt dessen steht weltweit „Deregulierung“ auf der Tagesordnung. An eine korporative Lösung – im Einklang mit der privaten Großindustrie – ist also überhaupt nicht mehr zu denken. Wer sich an solchen Antiquitäten immer noch festklammert, macht sich (und eventuell seinen Wählern) nur etwas vor.

Unterdessen haben laut Umfragen die deutschen Wähler mehrheitlich begriffen, daß der im Frühjahr und Sommer 2007 von Politik, Wirtschaft und Medien viel gepriesene „Aufschwung“ an ihrem eigenen Geldbeutel bzw. Lohn- oder Gehaltskonto vorbeigegangen ist, während die Profite der Großkonzerne weiter steigen. Aber auch hier dominiert die Methode, den Personen – also den Vorstandsvorsitzenden und Aufsichtsräten von Aktien-

gesellschaften – die Schuld zu geben („Nieten in Nadelstreifen“), anstatt das System „Finanzkapitalismus“ als – personenunabhängige – Ursache zu erkennen. Wobei hier zu verdeutlichen ist, daß „Finanzkapital“ eine Verschmelzung aus Bank- und Industriekapital darstellt, weshalb sichtbar wird, daß eine alleinige Fixierung auf das Problem des Geld- und Zinsbereiches an der wirtschaftlichen Wirklichkeit vorbeigeht. Aber dies wäre ein eigenes Thema.

Der Antikapitalismus, den die Rechten vertreten, ist in der Regel genauso einseitig und unvollständig wie der der Linken. Der typische nationale Rechte möchte den Kapitalismus im Inland, vor allem die Eigentumsverhältnisse weitgehend unangestastet lassen, aber auf der Weltbühne sei der Antikapitalismus durchzusetzen: der nationale Rechte ist also gegen Freihandel, gegen internationale Arbeitsteilung, gegen Einwanderung von Fremdarbeitern, gegen Billiglohnwahrer usw. Es wird aber oftmals nicht erkannt, daß automatisch das inländische Marktprinzip entwicklungsgeschichtlich zum einheitlichen Weltmarkt strebt, sofern man dies nicht staatlich unterbindet bzw. einschränkt.

Aber kommen wir nun zur anderen Feldpostnummer, zur linken Seite des Antikapitalismus. Da gibt es Linksliberale und ehemalige Sozialdemokraten, die sich längst mit dem neoliberalen System arrangiert haben. Nicht umsonst wurden „Hartz IV“ und manche Privatisierung von öffentlichem Eigentum von der rotgrünen Bundesregierung unter dem SPD-Kanzler Gerhard Schröder umgesetzt. Demgegenüber möchte der typische radikale Linke auch heute noch rein utopisch den Sozialismus verwirklichen, ohne Nationalstaat, auf „internationaler“ Ebene, weshalb er dann im Sinne des Kapitals nur eine „gerechtere Globalisierung“ mit Umverteilung für die Dritte Welt möchte. Hier wird also das sozialdemokratische bzw. keynesianische Umverteilungsmodell vom Nationalstaat auf die Ebene einer „Weltgesellschaft“ übertragen. Dieser Linke rechtfertigt den Freihandel und die internationale Arbeitsteilung, weil er ja ein Menschenrechtsfreund ist und den chinesischen und indischen Arbeiter nicht diskriminieren möchte; das heißt derartige Billiglohnware soll uneingeschränkt nach Europa eingeführt werden. In Wirklichkeit diskriminiert aber der linke Menschenrechtsfreund sowohl den europäischen als auch den asiatischen Arbeiter. Der asiatische Arbeiter wird mit 30 Cent Stundenlohn gnadenlos ausgebeutet, der europäische bzw. deutsche Arbeiter überflüssig gemacht und zum Hartz IV-Empfänger und 1-Euro-Jober degradiert. Wenn der linke Gutmensch dann wohlfeil meint, der chinesische Arbeiter solle bitteschön auch einen Mindestlohn von 8 Euro erhalten, so sollten wir auch dies als billigen Populismus überführen, da für die Löhne in China die Chinesen und nicht deutsche Gutmenschen zuständig sind. Es ist ja auch bezeichnend, daß geradezu im Zeitalter der Menschenrechte die menschliche Arbeitskraft zur globalen Ware gerät. Wir sollten also diesen Linken deutlich machen, daß ihre „Menschenfreundlichkeit“ der Diskriminierung sowohl der Arbeiter in Europa als auch in Asien Vorschub leistet. Eine Lösung kann nur in der Beendigung des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung auf heutiger Stufenleiter funktionieren.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß ein vollständiger Antikapitalismus sowohl in bezug auf die Innen- als auch auf die Außenpolitik antikapitalistisch sein muß. Es wäre also zunächst programmatisch, dann in der Wirklichkeit – im Sinne der Linken – die Wirtschafts- bzw. Eigentumsordnung im Inland schrittweise umzugestalten – in Richtung mehr Gemeinschaftseigentum auch an den Produktionsmitteln –, was nicht bedeutet, daß hier mittelständische Personen- und Familienunternehmen abgeschafft würden. Ferner wäre auch – im Sinne der Rechten – durch Schutzzoll und Grenzregime der Freihandel und die internationale Arbeitsteilung erheblich einzuschränken und der Zuzug von potentiellen Fremdarbeitern zu stoppen und eine Ausländerrückführung in die Wege zu leiten, weshalb sich künftig nationale Kritik an der Ausländerpolitik mehr auf die Ausländerbeschäftigungspolitik des Kapitals zu konzentrieren hat. Jedenfalls schließen sich der rechte und der linke Ansatz gegenseitig nicht aus, sie ergänzen sich vielmehr.

Aber ist eine Zusammenarbeit zwischen Rechten und Linken überhaupt denkbar bzw. möglich? Zunächst geht es mir um eine geistige Positionsbestimmung, die nach den rich-

tigen – rechten und linken – politischen Inhalten sucht, wobei sich die Frage nach den entsprechenden Bündnispartnern später stellen wird. Es ist also nicht so, daß ich hier Illusionen über die derzeitige Lage anhängen oder die deutsche Linke an der Wirklichkeit vorbei idealisieren würde. Es sollte uns aber nicht nur um Momentaufnahmen, sondern – sicherlich auch spekulativ – um politische Entwicklungsmöglichkeiten gehen. Sicherlich, derzeit verhindert die „Antifa“ jegliche denkbare Zusammenarbeit zwischen links und rechts. Wir sollten nicht übersehen, daß die „Antifa“ nicht nur für Rechte ein Problem ist, sondern gerade auch für Linke, die mit einem gesunden Menschenverstand ausgestattet sind. Aber die „Antifa“ als Herrschaftsinstrument läßt sich auf Dauer sowieso nicht mehr halten.

Meine Annahme, daß irgendwann einmal Linke und Rechte zusammenarbeiten könnten, ist so abwegig nicht. Schließlich könnten der Nationalstaat, nationalstaatliche Demokratie sowie der Sozialstaat und eine Sozialisierung der Großindustrie die Fixpunkte eines Programms sein, an dem Teile der deutschen Linken konstruktiv mitwirken könnten.

Somit sind wir zum Schluß wieder bei der Ausgangsfrage angelangt: Wer sind unsere möglichen Freunde?

Als Nationalist gehe ich in der Tradition von Ernst Niekisch (links) bis Carl Schmitt (rechts) vom Primat der Politik über die Wirtschaft aus. Bei der Politik steht der Außenpolitik der Vorrang über die Innenpolitik zu. Dieser Grundsatz ist gerade im Zeitalter der Globalisierung zutreffend. Der Wiedererhebung der deutschen Nation und des Europas der Vaterländer stehen heute das Weltkapital, der Amerikanismus und der Zionismus im Wege. Deshalb hat sich die Suche nach möglichen außenpolitischen Bündnispartnern an dieser Lageanalyse auszurichten. Die Feinde unserer Feinde sind nicht automatisch unsere Freunde, zumal – ich hatte eingangs entsprechend Bismarck zitiert – Völker keine Freunde, sondern Interessen haben. Aber unsere möglichen außenpolitischen Bündnispartner können nur aus dem Reservoir an Feinden unserer Feinde gewonnen werden. Und dies auch heute schon, da sich die nationale Opposition in Deutschland und Österreich nicht in der Regierung befindet. Die Teheraner Konferenz vom Dezember 2006 ist ein Beispiel für die Richtigkeit meiner These. Wir werden also unsere Bündnispartner im Iran, in Rußland, aber auch bei verschiedenen arabischen Gruppen finden, die libanesische Hisbollah nur als Beispiel. Daß Islamisten in der deutschen Innenpolitik in vielen Bereichen (Moscheebau usw.) nicht mit uns übereinstimmen, soll uns bei der außenpolitischen Betrachtung nicht stören (Primat der Außenpolitik!). Selbstverständlich wird es kein Bündnis zwischen deutschen Nationalisten und „dem Islam“ geben. Es gibt auch in der islamischen Welt politische Gruppen, Völker und Staaten, deren Interessen unseren eher entgegengesetzt sind: Türkei, Albaner, Bosnier (Safet Babic möge mir das verzeihen) und Tschetschenen. Es handelt sich hierbei um muslimische Völker, die heute aus eigenen Interessen – anders vielleicht als im Ersten oder Zweiten Weltkrieg – auf die amerikanische und zionistische Karte setzen. Deshalb sind deren nationalen Interessen nicht „böse“, sondern möglicherweise unseren entgegengesetzt. Aber nicht nur in Rußland und im Nahen und Mittleren Osten können wir Bündnispartner suchen; und auch in Südamerika sollten wir uns umsehen, wo man die Feinde hat, die auch unsere Feinde sind. Mögliche Bündnispartner wären also: Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Ecuador und Kuba.

Kommen wir nun zur innenpolitischen Lage in der BRD und der RÖ: Im Grunde genommen gibt es zweimal zwei bzw. vier ideologische Blöcke: 1. Eine proamerikanische Linke (Linksliberale, Pseudo-Sozialdemokraten wie der SPÖ-Bundeskanzler und Kapitalisten-, Ausländer- und Zionistenfreund Alfred Gusenbauer, Antideutsche bzw. Antinationale, vor allem die sogenannten „Grünen“, Ausnahme der mittlerweile Verstorbene Günther Nening); 2. Eine anti-amerikanische Linke (Teile des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Nationalmarxisten wie der KPÖ-Politiker Ernest Kaltenecker aus Graz und der „Junge Welt“-Autor Werner Pirker aus Wien; linke Antizionisten und Antiimperialisten, mittlerweile gibt es schon linke Antiimperialisten und Antizionisten in Österreich, die sich auch für

die Meinungsfreiheit von historischen Revisionisten aussprechen; siehe: www.antiimperialista.com); 3. Eine proamerikanische Rechte (die deutschen Neocons, von Wolfgang Schüssel (ÖVP) über Wolfgang Schäuble (CDU) bis Karlheinz Weißmann; nun hat sich auch der französische Heide Guillaume Faye in seinem neuesten Buch „La nouvelle question juive“ selbst als Zionistenfreund überführt); 4. Eine anti-amerikanische Rechte (Nationalrevolutionäre, Nationalkonservative wie Günter Maschke, Hans-Dietrich Sander, Völkische wie Otto Scrinzi, nationale bzw. konservative Christen wie Friedrich Romig; US-kritisch ist auch der katholisch nationale Grazer Stocker-Verlag; aber auch nationale Heiden wie Jürgen Rieger und die „Freiheit Wattenscheid“). Bei der nach wie vor virulenten Judenfrage ist zwischen Ariel Muzikant und Moïse A. Friedman zu unterscheiden. Rassenhaß kann hier nur dem prozionistischen System nutzen, das dringend auf das „antisemitische“ Klischee angewiesen ist.

Es liegt für mich auf der Hand, daß hier langfristig Querfronten möglich sind. Und zwar zwischen 1 und 3 und 2 und 4. Querfronten stehen freilich nicht heute, sondern erst in einer Krisensituation auf der Tagesordnung.

Das antiamerikanische Bündnis (2 und 4) wird nur noch vom linken Antifaschismus und vom rechten Antibolschewismus verhindert. Wie lange noch? Hingegen ist das proamerikanische Bündnis (1 und 3) das real vorherrschende. Das ist das Bündnis zwischen Alice Schwarzer und Angela Merkel. Sicherlich gibt es da Unterschiede, aber was die „westlichen Werte“ anbetrifft, ist die Übereinstimmung klar. Bezeichnend hierfür war auch ein Interview, das der rechte Bürger Frank Schirrmacher mit der linken Bürgerin Alice Schwarzer in der „FAZ“ vom 4. Juli 2006 führten. Das Gespräch gipfelte in Schwarzers Überzeugung: „Die Islamisten meinen es so ernst wie Hitler“. Im Feindbild „Islamismus“ waren sich in dem Gespräch beide Seiten, die linke wie die konservative einig. Beide Seiten, Schwarzer wie Schirrmacher, verkörpern nur die zwei Seiten des einen Typus von bürgerlichem Westler in der BRD.

Insofern ist die Hetze gegen den Islamismus nur ein Ablenkungsmanöver der christlichen wie jüdischen Zionisten und der transnationalen Kapitalisten, worauf manche patriotische Rechte hereinfallen, die sich wie „Pro Köln“ und Teile der FPÖ auf die Symptome der Veräusländerung, auf den Moscheebau und das Kopftuch konzentrieren. Was links- wie rechtsbürgerliche Kreise nicht ansprechen, ist die eigentliche Ursache des Ausländerproblem, nämlich die Gastarbeiterbeschäftigung, die seit den 1960er Jahren auf Betreiben der Arbeitgeberverbände (in Österreich Industriellenvereinigung) läuft. Ständig werden aus diesen Kreisen weitere Kampagnen zur Anwerbung von „ausländischen Fachkräften“ vorgetragen. Hinzu kommt die Ideologie der Menschenrechte, die dann auf alle möglichen Sorten von Asylanten Anwendung findet und scheinbar aus „humanitären Gründen“ einem Gesetz zur Ausländerrückführung im Weg stehen soll. Das ursächliche Ausländerproblem ist die Ausländerbeschäftigung, die im Interesse des Großkapitals erfolgt. Aber es sind auch andere Branchen, die in Sachen „Ausländerfreundlichkeit“ „vorbildlich“ sind – wie in Österreich beispielsweise die Tourismusbranche. Demnach sind Ausländer Lohndrücker, sie sind eine „industrielle Reservearmee“ (Karl Marx), die dafür Sorge zu tragen hat, dem österreichischen Kellner und Industrie- und Bauarbeiter den Lohn kaputtzumachen. Hingegen ist der Moscheebau nicht die Ursache des Problems; deutsche Auswanderer bauten ebenso vor zwei oder drei Hundert Jahren katholische und evangelische Kirchen in Rußland, Rumänien, Ungarn, Deutsch-Südwest-Afrika, Brasilien usw. Daß wir Nationale gegen weiteren Moscheebau sind, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Wir sollten uns aber mehr als bisher den Ursachen der Überfremdung zuwenden und uns nicht mit dem Blick auf die Symptome von den systemimmanenten Ursachen ablenken lassen. Die Hauptursache für den bevorstehenden Untergang des Abendlandes, der noch abgewendet werden kann, ist die Herausbildung des modernen Individuums, das man in dieser Weise in „unterentwickelten“ Weltregionen – vor allem in der islamischen Welt – nicht kennt.

Die europäische bürgerliche Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts, die auf die Freiheit der Person abzielte, war notwendig, hat aber mittlerweile in Folge der kapitalistischen Arbeitswelt zu Auswüchsen eines Überindividualismus und individuellen Strebens nach Geld geführt, was – bei Fortschreiten auf diesem Weg – nur noch in den Untergang münden kann. Die Emanzipation des mündigen „aufgeklärten“ Menschen von den alten Autoritäten, Thron und Altar, war notwendig, jedoch wurden die alten Autoritäten durch neue ersetzt, die verhängnisvoll wirken, indem sie Gemeinschaften vernichten: Vorstandsvorsitzende von Aktiengesellschaften, Großbankiers, Parteioligarchen und Lobbyisten. So hat die Moderne durch Steigerung der Produktivkräfte, naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritt, Arbeitsteilung, Landflucht, Verstädterung und Proletarisierung den Einzelnen zunehmend aus den natürlichen und traditionellen Gemeinschaften wie der Großfamilie, Dorfgemeinschaft, Heimatregion und Volk herausgelöst. Früher lebten und (!) arbeiteten die Menschen im landwirtschaftlichen und handwerklichen Familienbetrieb, vor allem auf dem Land; heute verbringen Kleinfamilien, kinderlose Paare und „Singles“ ihr voneinander getrenntes Arbeitsleben und ihre Freizeit vor allem in den gemeinschaftslosen Metropolen. Die Moderne hat somit in reichlicher Zahl Sozialatome zurückgelassen. Die fehlenden Kinder läßt das Großkapital durch „Zuwanderung“ beheben. Von der EU-Bürokratie hören wir die Propaganda der „Bestandserhaltung“ der Einwohnerstärken in den europäischen Ländern. Das heißt nichts anderes, als daß die Lücken, die durch sinkende Geburtenraten entstanden sind, durch volksfremden Zuzug aufzufüllen sind. Familienpolitik für das eigene Volk wäre kostspielig, was offenbar nur dann Anwendung findet, wenn ein hochindustrialisiertes Land wie Frankreich allzu dünn besiedelt ist. Frankreich ist unter den kapitalistischen Ländern aber eher die Ausnahme von der Regel. So oder so steht uns der Volkstod bevor, wenn wir nicht in den nächsten zehn Jahren das politische und ökonomische System austauschen. Die Suche nach möglichen Systemalternativen sollte heute schon beginnen, wobei die Vorschläge ins Volk hineinzutragen sind. Hierzu habe ich meinen Beitrag in meinem vorletzten Buch „Volksstaat statt Weltherrschaft“ (Hohenrain, Tübingen 2002) geleistet.

Am Ende meines Vortrags wieder zurück zur Freund- und Feindbestimmung. Wir haben also die dem Westen zugehörige Rechte und Linke als unseren politischen Zielvorstellungen entgegengesetzt zu erkennen. Ebenso erkennen wir in einer antiimperialistischen Linken und nationalstaatlich ausgerichteten Sozialisten unsere potentiellen Bündnispartner, mit denen wir langfristig eine Querfront bilden sollten. Eine solche kam im Juli 2006 in der Slowakei zwischen Sozialdemokraten, Nationalkonservativen und Nationalisten zustande. Selbst die nicht im Preßburger Parlament vertretenen Kommunisten unterstützen gesellschaftlich dieses Bündnis. Aber ich denke als Vorbild auch an die Querfront, die sich vor Jahrzehnten um ein Haar in Deutschland gebildet hätte. „Querfront“ – so hieß ursprünglich das von General Kurt von Schleicher, 1932/33 deutscher Reichskanzler, angestrebte Bündnis aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftern mit linken Nationalsozialisten, das heißt dem NSDAP-Flügel um die Brüder Gregor und Otto Strasser. Schleichers Pläne scheiterten am Widerstand der Parteiführungen von SPD und NSDAP. Kurt von Schleicher wurde mit samt Ehefrau 1934 von der SS hingerichtet; daneben auch Gregor Strasser, Ernst Röhm, Edgar Julius Jung und andere.

Aber natürlich wäre es verfehlt, Bündnisse herbeizuphantasieren, die derzeit reeller Grundlage entbehren. Denn solange die „Extreme“ auf ihre jeweilige Bürgerkriegsklientel Rücksicht zu nehmen haben – die Stichworte lauten: „Antifaschismus“ und „Antibolschewismus“ –, wird es organisationsübergreifend natürlich zu keiner Zusammenarbeit kommen. Aber wenn eines Tages das liberal-kapitalistische System richtig ins Rutschen kommt, dann werden die Karten sowieso neu gemischt!